

BAMH fordert digitale Wende in Schulen

„Mülheims Schulpolitik hat das digitale Zeitalter verschlafen“, konstatiert Thomas Kretzschmar, Mitglied im Bildungsausschuss für den Bürgerlichen Aufbruch (BAMH) nach dessen Sitzung. „Die Corona-Krise hat nicht zu der digitalen Krise geführt, sondern hat sie offenbart“, so Kretzschmar weiter. „Und das führt dazu, dass im Moment viele Schüler digital nicht erreicht werden und somit ihrer Bildungschancen beraubt werden“, sagt Frank Blum, der neue stellvertretende Fraktionschef des BAMH, der die Situation auch als Vater zweier Grundschulkindern erlebt und „erleidet“, wie er ergänzt. „Deswegen fordern wir eine digitale Wende in der Mülheimer Schulpolitik“, sagt Dr. Martin Fritz, Oberbürgermeisterkandidat des BAMH. „Fast alle Mülheimer Schulen befinden sich noch in einer *'digitalen Steinzeit'*“, so Kretzschmars Fazit. Das musste auch Mülheims neuer Schuldezernent Buchholz (CDU) in der Sitzung des Bildungsausschusses einräumen. „Es wird immer deutlicher, was alles in der Vergangenheit verpasst wurde. Hier ist jetzt Schuldezernent Buchholz gefordert die Dinge auf den richtigen Weg zu setzen“, formuliert Blum seine Erwartung an Buchholz. „Wir dürfen nicht noch mehr Zeit verlieren. Die Schulen müssen kurzfristig mit WLAN und mit entsprechenden Endgeräten und passender Software ausgerüstet werden“, fordert Dr. Fritz. „Und natürlich müssen Lehrer die notwendigen Fortbildungen dafür erhalten, sonst werden die teuren Geräte an den Schulen ungenutzt vor sich hin rotten“, so Dr. Fritz weiter.

Elternbeiträge zurückerstatten

Des Weiteren setzt sich der Bürgerliche Aufbruch dafür ein, dass die Stadt Elternbeiträge für nicht erbrachte OGS-Leistungen während der schulfreien Corona-Zeit erstattet. „Die Stadt darf nicht abkassieren, ohne eine Leistung zu erbringen“, appelliert Oberbürgermeisterkandidat Dr. Fritz und fordert eine schnelle Rückerstattung. „Der BAMH verlangt einen sorgsamem und sparsamen Umgang mit den Geldern der Steuerzahler“, ergänzt Dr. Fritz.

Fehlende OGS-Plätze

Das 100 Kindern (und ihren Eltern) noch kein OGS-Platz für das neue Schuljahr zugewiesen werden konnte, ist ein Skandal“, heißt es in einer Presseerklärung des Bürgerlichen Aufbruchs. „Es zeigt sich einmal mehr, dass eine *'Große Koalition'* aus SPD und CDU auch in Mülheim eine Koalition der Lähmung und des Stillstandes ist, die ihre faulen Früchte trägt“, wie Dr. Fritz formuliert.

„Mit dem Bürgerlichen Aufbruch haben die Mülheimer Bürger jetzt endlich eine bürgernahe und sachorientierte Wahlalternative“, fasst Ausschuss-Mitglied Kretzschmar die bildungspolitische Perspektive in Mülheim zusammen.